

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Anzeigebestellung 1.00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1.20 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schiffstellung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapellor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Samstags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 23

Duisburg, den 4. Juni 1921

22. Jahrgang

Am Arbeiterehre und Recht

Die Gesellenvereinigungen des Mittelalters als die Interessenvertretung der Arbeitnehmer kannten den Klassenkampf und die klassenverheerende Tendenz nicht, die leider durch einen großen Teil der modernen Arbeiterbewegung geht. Die moderne sozialistische Arbeiterbewegung beruht auf dem Irrtum, als ob durch Klassenkampf und Diktatur die Lage der Arbeiterschaft in Wirklichkeit allein gebessert und eine neue gerechte Wirtschaftsform heraufgeführt werden könnte. Die christliche Arbeiterbewegung hat diesen Grundirrtum stets verworfen, weil sie auf dem Standpunkt steht, daß nur durch einen gerechten Ausgleich der Ständelinteressen ein Wirtschaftssystem erreicht werden kann, das demokratisch in seinen Grundaussagen und unter dem Gesichtswinkel des Allgemeinwohlens eine wahre Anteilnahme auch des letzten Arbeiters am Arbeitsprozeß zu werden verspricht.

Die gleiche Anschauung, wenn auch noch nicht in ihren Tiefen verfaßt, aber instinktiv gefühlt, vertraten auch die Gesellenverbände.

Gerade deshalb waren sie aber auch in der Lage, die Interessen ihres Standes wirksam und energisch zu vertreten. Die Gesellenverbände hatten als Wahrspruch vor ihren Handlungen stehen das Wort „Gemeinwohl“, und ihr Ringen wurde diktiert nach diesem hohen sittlichen Prinzip. Deshalb war auch die Form des Schiedsgerichtes und des Schiedsverfahrens bei Kämpfen die am häufigsten auftretende Art, um einen gerechten Ausgleich der Interessen zu erzielen. Wiewohl aber die Schiedsgerichte und die Verhandlungen in ihren Wirkungen erfolglos, so griffen sie zu ihrem letzten berechtigten Verteidigungsmittel, zum Streik.

Wilde Streiks über die Köpfe der Führer hinweg konnte das Mittelalter nicht. Dafür war die gewerkschaftliche Disziplin und das vernunftgemäße Handeln zu hart ausgeprägt. Im Gegensatz zu heute, wo in den rabulischen Gewerkschaften unreligiöse Jünglinge oder standesfremde ehrgeizige Elteraten so oft den Ton angeben zum Schaden der gesamten Arbeiterschaft.

Die starken Finanzen der Gesellenverbände, ihr starkes, unerschütterliches Selbstvertrauen verliehen ihren Bewegungen die Macht einer letzten Durchschlagkraft und waren von den Handwerksmeistern sehr gefürchtet.

Arbeitsbedingungen hatten gemeiniglich den Zweck: Bessere Kost, höheren Lohn oder Verkürzung der Arbeitszeit.

Was die Höhe der Arbeitslöhne anbelangt, welche zu den Streitigkeiten sehr häufig Veranlassung gaben, so liegen darüber nur für sehr wenige Gewerbe nähere Angaben vor. In der vorigen Nummer führten wir bereits den Lohn der Kantenburger Schmiedegerellen an, die Ende des 15. Jahrhunderts durchschnittlich 12 bis 15 oberbayerische Denare täglich verdienen, was einem heutigen Lohn von 150-200 M entsprechen würde. Allerdings darf dabei nicht vergessen werden, daß die Kaufkraft der damaligen Löhne entschieden höher war als heute. Um 1800 kostete sich der Lohn eines Schmiedegerellen am Bau des Kantener Viktorbades für eine Sommerwoche von 8 Arbeitstagen auf 21 Goldgulden (80 Denare), wofür man ein Malter Weizen, ein Malter Roggen, ein Malter Gerste (nach dem damaligen niederrheinischen Maß 210 Pfund, 210 Pfund, 220 Pfund) und zwei junge Hühner kaufen konnte. Der Arbeiter von heute müßte dafür kaum die barrende Summe von rund 2000 Mark zahlen und durchschnittlich 40 Tage arbeiten.

1490 verdiente der Geselle am Kantener Dome in einer Woche 156 Kantener Denare, die Kaufkraft des Geldes war aber schon bedeutend gesunken, er mußte, um ein Malter Weizen, Roggen, Gerste und zwei junge Hühner kaufen zu können, schon 17 Tage arbeiten. Der Nominallohn war um rund 150 Prozent gestiegen, der Reallohn um rund 300 Prozent gesunken. Die Verschlebung der Geldkraft hatte natürlich eine ganze Anzahl Kämpfe um höheren Lohn zur Folge. Beachtenswert aber waren es die leichten Berufe, die den Anfang machten. Nach dem Geschichtsschreiber des deutschen Volkes, Janssen, waren die Schmiedegerellen die unruhigsten und aufdringlichsten. Zu Weisel am Rhein überwarfen sie sich einmal ausgerechnet zu Pfingsten wegen zu geringer Kost und Löh-

nen mit ihren Meistern. Umsonst versuchte die Stadtobrigkeit einen gütlichen Ausgleich. Die Gesellen zogen von dannen. Die Stadtoberwaltung stellte darauf den Schnetberggerellen folgenden Requisit aus, daß „die Snelberknechte insonderheit ein unruhiges Gemüt han und zu Störungen und Unruhen mer geneigt sin dann andere Handwerksknechte“. Der böbliche Rat aber fügte auch hinzu: „Die Meister han vil Schuld, denn sie wollen, als der Geselle wol verlangen kan, nit drimal des Tags ordentlich zu essen geben und büerden zuvil Arbeit uff.“

Seit dem Anfang des sechzehnten Jahrhunderts, als die Finste bereits von ihrer Hochblüte begannen herunterzufallen, machen sich schon verderbliche Anzeichen des Verfalls bemerkbar. Das System der schwarzen Listen, vor dem Kriege meistens schandhaft von größten Teil des Unternehmertums, tritt zum erstenmal in der Geschichte des Handwerks auf. „Die nachgeschriebenen Knechte sol keiner unserer Meister nit sehen noch hosen“ heißt es in einer Urkunde der Mainzer Handwerksmeister gegen reisende Gesellen. Die Gesellen schlossen sich enger zusammen und ließen geschickte und geeignete Vertreter durch die deutschen Städte ziehen, um vor dem Volke ihre Sache „Inladefolge Knechte“ nennt sie eine Bruderschaftsurkunde. „große Aufreißer und Aufrührer“ die Schrift der Handwerksmeister.

Ja, man wollte von Reichs wegen sogar erreichen, daß den Gesellenbruderschaften die volle und ungehinderte Verwaltung ihrer gemeinsamen Kassen, aus welchen sie bei Arbeitsstörungen sich gegenseitig unterstützten, entzogen würde; dieser Schlag wurde jedoch von den Gesellenverbänden mit großer Geschicklichkeit pariert und unschädlich gemacht.

Führten die Gesellenverbände die Kämpfe um ihre wirtschaftliche Interessenvertretung mit großer Energie und bewundernswürdiger Ausdauer, so waren sie ebenfalls schnell auf dem Plan, wenn es sich um ihre Gesellenlehre handelte. Typisch für ihre Anschauung ist der zehnjährige Streik 1495 der Badergerellen zu Colmar mit dem Magistrat und Note dieser Stadt, weil diese den Badergerellen den alt-herkömmlichen Ehrentitel in die Protokollnamenprotokolle genommen und ihnen einen „geringen Platz“ gegeben hatte. Die Badergerellen stellten die Arbeit ein, der Magistrat erklärte sie in Verzug.

Langwierige gerichtliche Prozesse folgten, die Badergerellen gingen bis zu des heiligen römischen Reiches Kammergericht. Als auch das nicht half, erließen die Colmarer Badergerellen die Zustimmung und Gesunterstützung sämtlicher oberbayerischen Genossen. Die Mehrzahl der Baderbruderschaften erklärte jeden Gesellen, der einem Colmarer Meister diene, in Verzug. Vergebens legten sich die oberbayerischen Städte ins Mittel, erst als nach zehn Jahren die Zustände in Colmar unerträglich geworden waren, erklärte sich Rat und Rätepunkt zu einem Schiedspruch bereit, der dem geleiteten Graken von Rappoltszell übertragen wurde und mit einem vollen Siege der Badergerellen endete. Man darf den Ausgangspunkt dieses großen Kampfes für die damalige Zeit nicht als Bagatelie veranschlagen. Der Platz bei einer so wichtigen religiösen Feier dokumentierte das große oder geringe Ansehen der Bruderschaft und damit nahmen es die Gesellen sehr genau.

In den allermeisten Fällen land aber übrigens bei vorkommenden Streitigkeiten zwischen Gesellen und Meistern ein friedlicher Vergleich statt, der besonders deshalb leichter zu erreichen war, weil beide Parteien gut organisiert waren und durch Vertrauensmänner verhandelt ließen. Zudem hatten die Magistrate der Städte kein Interesse daran, das wirtschaftliche Leben gefährden zu lassen und leiteten sich sofort ins Mittel, um mit einer in den meisten Fällen bewundernswerten Objektivität einen Schiedspruch zu fällen.

Starke, geschlossene, energiegelade Verbände, so treten uns die Gesellenvereinigungen des Mittelalters entgegen, die ihre eigene Stellung und ihre eigene Ehre wahrten, deren Grundgedanke „jedem das Recht“ sie zu einer vorbildlichen Arbeitnehmerinteressenvertretung stempelt. Unsere Zeit und unsere Arbeiterschaft könnte viel noch von ihnen lernen.

oberflächlicher Beurteiler der Verhältnisse, wird da noch behaupten können, daß diese Löhne, besonders für Hüttenarbeiter zu hoch seien. Mit 150-200 M. Durchschnittslohnverdienst kann sich eine Familie kaum arbeitsfähig ernähren. Von Neuanstellungen oder gar von einem Sparfennig kann keine Rede sein. Weiter muß bemerkt werden, daß 5 Lohnbewegungen notwendig waren, um diese Löhne zu e-langen. Die Lohnhöhen betragen zum Teil bis zu 22 M. pro Schicht. Wieviel Not und Elend durch diese Verbesserungen unterdrückt wurde, läßt sich in Zahlen gar nicht ausdrücken. Andererseits zeigt es uns aber auch wie notwendig diese Lohnhöhen waren, um einen Ausgleich gegenüber der ständig steigenden Teuerung zu erzielen.

Die Ausreden, die vor so manchen „Superlügen“ gemacht werden, als ob die Lohnhöhen auch ohne die Gewerkschaften kämen, sind damit schlagend widerlegt. Sie zeugen erneut, wie notwendig gerade jetzt die gewerkschaftliche Organisationskraft ist. Auch hier gilt das Wort: — Wehrlos, machtlos — Organisationslos, machtlos. Ohne Organisation ist die Arbeiterschaft dem Unternehmertum auf Willkür ausgeliefert. Deshalb ist die Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes das oberste Ziel der Stunde.

Kapitalisten und Sozialisten für Lohnabbau

Die Teuerung auf allen Gebieten scheint nicht zu bleiben. Verlangsamte Preisentwertung sind welche haben. Ausgerechnet in einer solchen Zeit wird mehr als je von Unternehmern für den Lohnabbau gefordert. Laut „Deutscher Handelsnachricht“ Nr. 17 hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in einem vertraulichen Rundschreiben an ihre Mitglieder den Lohnabbau empfohlen. In dem Rundschreiben heißt es:

„Zur Vorbereitung des Lohnabbaues, mit dem am besten der Bergbau und die chemische Industrie beginnen würden, sind Propaganda in der Presse, Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und die Betriebsräte sowie Ueberweisung einschlägigen Materials an die Vorständen der Schlichtungsausschüsse zu empfehlen. Der Abbau der Löhne hat zunächst bei den Jugendlichen und bei den Unverheirateten zu beginnen, deren Löhne relativ zu hoch sind. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wird voranschreitend den Verbänden noch eine genaue Darstellung dieser Fragen zugehen lassen.“

Diese Empfehlung hat gezogen. Seit einigen Wochen berichtet die dem Unternehmertum nahestehende Presse über den Lohnabbau in Frankreich, England, Schweden usw. mit der unverkennbaren Tendenz auf deutsche Verhältnisse. Bei diesem allgemeinen Ansturm für den Lohnabbau dürften doch die Sozialisten nicht fehlen. Der sozialistische unabhängige Arbeiterbund eröffnete den Meinen und versuchte die Empfehlung der Arbeitgeber nach Lohnabbau in die Wirklichkeit umzusetzen. Der „Deutsche“ schreibt darüber in seiner Nr. 42/1921:

Die Tarifverhandlungen in der Berliner Metallindustrie. In der vor einiger Zeit stattgefundenen Verhandlung, die der Verband Berliner Metallindustrieller mit dem Arbeiterbund geführt hat, kam ein Verzicht zustande, der eine Herabsetzung der Tarifgehälter bis zu 40 Mark monatlich vorsieht. Der Arbeiterbund (Berliner Verband), erklärte sich mit diesem Verzicht einverstanden. Doch selbst dem Arbeiterverbände, die Zustimmung durchaus unverkündet erziehen, geht darüber hinaus, daß der Verein Berliner Metallindustrieller die entsprechende Annahme des Verzeiches von der Zustimmung des Gesamtverbandes deutscher Arbeitervereinigungen (schriftlich) abhängig macht. Der D. S. A. (Deutscher Gewerkschaftsbund) teilt uns dazu mit, daß es unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen ganz unmöglich ist, sich mit einem Gehaltsabbau einverstanden zu erklären. Was nun unerschwerlich muß es aber bezeichnet werden, daß der Arbeiterbund unter diesen Umständen keine Zustimmung zur Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Angestellten gibt.

Gerichtlichen Zeiten führen die Sozialisten ihre Mitgefühl entgegen. In einer Zeit allgemeiner Teuerung sind sie es, die für Lohnabbau plädieren. Der Sozialismus reißt sich freudig die Hände. Und die arbeitenden Schichten?

Sturmzeichen in Südwest

Otto Pld.

Nach verschiedenen Presseäußerungen zu urteilen, die be-greiflicherweise unter der Arbeiterschaft das größte Versehen erregten, scheinen in der Öffentlichkeit falsche Auffassungen über den Kampf zu herrschen, welchen die Arbeiterschaft der Saarhüttenwerke gegenwärtig zu führen genötigt ist. Es zeigt sich diesmal wieder, wie so oft in der Vergangenheit, daß weite Kreise der übrigen Bevölkerung (die im Saargebiet allerdings sehr klein an Zahl ist) der Arbeiterschaft und deren Bestrebungen immer noch fremd, ja feindlich gegenübersteht. So kommunistische, wie die linken Parteien in Mitteldeutschland, die auch die christlich organisierte Arbeiterschaft entschieden verurteilt, werden als die eigentlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft hingestellt. Als ob die vernünftig denkende und auch handelnde Arbeiterschaft die Art dieser Parteien als Bestrebungs-kampf betrachtet. Im Gegenteil, sie wissen, daß dieselben die wirtschaftliche und politische Reaktion stärken. Ebenfalls gibt es im Saargebiet Leute, die der Auffassung sind,

„Der Arbeiter verdient zu viel, darum ist alles so teuer.“

Der Lohn muß deshalb abgebaut werden, dann wird „alles“ billiger, und ist mit dem Preisabbau nicht nur der Gesamtheit, sondern auch dem Arbeiter gefolgt.“ Die Löhne der Hütten- und Metallarbeiter des Saargebietes sind ohne den geringsten Einfluß auf die Preisgestaltung der Waren, die wir hier zu des „Leibes Nahrung und Notdurft“ gebrauchen. Die Mehrzahl dieser Gegenstände kommt aus Deutschland und wird dort zu einem bedeutend billigeren Preise als hier im Saargebiet verkauft. Dasselbe trifft auch auf die Waren zu, die Deutschland im Auslande mit derselben im Wert gesunkenen Mark kauft, die auch noch vom Saargebiet im Auslande zum Einkauf benutzt wird. Ein „Abbau“ der ohnehin unzureichenden Löhne der Metallarbeiter würde also kein Wort an den Verhältnissen im Saargebiet ändern. Auch nicht inwiefern, daß bei jetzt herabgesetzten Löhnen die Arbeiterschaft überhaupt nichts mehr kaufen und ergötzen könnte, verkaufen, auswandern müßte und somit der Kreis der Konsumenten im Saargebiet kleiner würde. Solange nämlich das

Die hohen Löhne sind schuld an der Teuerung

Bei Lohnverhandlungen, in Versammlungen und in der Presse kann man oft hören, daß die sogenannten hohen Löhne der Arbeiter an der Teuerung schuld seien. Daß dieser Vorwurf unbegründet ist, ist schon oft genug in unseren Versammlungen, im Verbandsorgan und bei anderen Gelegenheiten betont worden. Wären dem Worte: Nur fest drauf los, etwas bleibt doch hängen, fehlt diese Argumentation immer wieder.

Wir wollen deshalb an Hand von Lohnzetteln verschiedener Arbeiterkategorien vom Jahre 1920 nachweisen, wie hoch sich die Löhne stellen. Bei der Luftkühlerhütte in Amberg (Hochofenbetrieb) wurden folgende Löhne erzielt. Former 16956,22 M., Schmelzer 11635,81 M., Eisenarbeiter 10 863,38 M., Maschinenist 9875,82 M., Pader 8836,69 M., Hilfsarbeiter 7726,80 Mark. In vielen Fällen kamen bis zu 200 Schichten heraus, was heißt, es mußte jeden Sonntag gearbeitet werden, um diese Löhne zu erzielen. Nur ein

Von der gewerblichen Kohlenoxyd-Vergiftung

W. H. Mauer.

Warenangebot die Nachfrage noch bei weitem nicht befriedigt und sich überall noch Mangel finden, wird auch diese Eisenbahn nichts helfen.

Der Widerstand der Arbeitervertreter gegen den beabsichtigten Lohnabbau entspringt also nicht einer Prinzipienfrage, sondern liegt begründet in den tatsächlichen Verhältnissen, der Not der breiten Arbeitermassen, besonders der Familienhäupter, über welche Einzelrechnungen nicht hinwegzuführen dürfen. Es muß, gesunde gesagt, als unethisch bezeichnet werden, wenn man von gewissen Interessentenkreisen versucht, die Arbeiterfrauen als diejenigen hinzustellen, die jetzt teurer die besten und wertvollsten Gegenstände, auch Lebensmittel, kaufen. Die Milliarden, die an Geld in Deutschland (und Saarrevier) verauslagt werden, stammen nicht aus den Taschen der Arbeiterfrauen. Heute kann und wird christlicher Weise von keinem Unternehmer bezw. seinem Auftraggeber behauptet werden können, daß der Preisabbau, der übrigens nur in der Phantasie der ihre Arbeiter nicht gerecht entlohnen wollenden Interessenten existiert, einen noch so geringen Lohnabbau rechtfertigen würde. Heute betont man,

Wie Industrie könne die Lasten der fehlenden Löhne nicht mehr tragen.

Schon die Bezeichnung der Löhne als „Lasten“ läßt Mitleid erregen. Die Arbeiter verbitten sich derartige Auffassungen in aller Eile. Mit mehr Recht könnten dann die Arbeiter die Dribbenden der persönlich noch keine Not leidenden Aktionäre als „Lasten“ bezeichnen. Trotzdem der hoch wohl nicht auf die „hohen“ Löhne zurückzuführenden Minderproduktion der Werke waren die Dribbenden im vergangenen Jahr immerhin noch sehr „annehmbar“. Bestehen diese auch nur in Papiermark oder solchen in Frank, so ist mit kein Arbeiter im Saarrevier bekannt, der Goldmark oder Goldfrank als Lohn erhält.

Die Ursache des beabsichtigten, aber wohl an dem Widerstand der Arbeiter, die zu allem entschlossen sind, scheiternden Lohnabbaues liegt tiefer. Sie geht hervor aus dem geradezu brutalen Benehmen der Unternehmervertreter, die sogar den Spruch eines Schlichtungsausschusses nur dann annehmen wollen, wenn er sich nicht gegen den beabsichtigten Lohnabbau ausspricht. La dem Spruch eines Schlichtungsausschusses im Saargebiet noch die blinde Kraft fehlt bezw. keine übergeordneten Instanzen zur Nachprüfung usw. vorhanden ist, so bedeutet diese Auffassung nichts mehr und nichts weniger, man entschuldige den scharfen Ausdruck, als eine Sabotierung des Spruches im voraus. In gleicher Linie verläßt die Tendenz des „berühmten“ Anschlages auf den Werken. „Wozel fröhlich oder nicht!“ Versuche man doch nicht etwa, diesem Anschlag einen „geselligen“ Anstrich zu geben. Auch der Schlichtungsausschuss fußt auf einem nicht allein für den Arbeitsfall bestimmten, und wie die Verhandlungen zelten, nicht nur von den heimlich organisierten Metallarbeitern als unüberwindlich betrachteten Gesetzesakt. Es ist ja geradezu ein Treppenwitz der Wirtschaftsgesellschaft, daß die Vertreter des Kapitals, die in der Vergangenheit mit Hilfe der „wirtschaftsfriedlichen“ Arbeiter alles friedlich schlichten wollten, jetzt Gegner einer friedlichen Lösung sind. Ursache der Sinnesänderung: die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Saargebiet schelen ihnen gänzlich zur Berührung der bestehenden Zustände und der ihnen verhassten Arbeiterorganisationen. Manzen wir das sind doch beim richtigen Namen.

Es wird ja nicht allein in Deutschland „stimmlos“. Die sich trotz oder gerade wegen der „Sozialkammerexperimente“ immer mehr konzentrierende Industrie will keine starken Arbeiterverbände. Speziell im Saargebiet will man deniechten das gleiche Los bereiten wie im benachbarten Elsaß-Lothringen, wo allerdings die links gerichteten Phrasensozialisten das Sozialvertragsgeschäft treu und redlich mitbesorgt haben.

Auf der Jahresgeneralversammlung des Gesamtverbandes Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Berlin, die vor kurzem stattfand, hielt der Geschäftsführer Dr. Reichert, M. d. R., einen Vortrag über die wirtschaftspolitische Lage. Bei dieser Gelegenheit glaubte Herr Reichert, daß die Zeit gekommen sei, einmal „offen“ zu reden. Der „Mittwochabend“ wurde als der schlaueste „Vertenerungs- und Verwendungsakt“ bezeichnet. Anwesend ist Herr Reichert und Genossen der Ansicht, daß man den schwer arbeitenden Hütten- und Metallarbeitern wieder den 12-stündigen „Minimalarbeitsstag“ aufhängen könnte. Daß diese Ansicht nur ein „romantischer Wunsch“ bleiben wird, dafür sorgen schon die Arbeiter selbst. Erkennen doch selbst Unternehmer (und das will viel heißen) uneingeschränkt an, daß

die Hüttenarbeiter in acht Stunden voll und ganz ihre Pflicht erfüllen und eine Verlängerung der Arbeitszeit auch nicht im Interesse der Betriebe liegt. Von allen anderen Bedenken, die gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit besonders der schwerarbeitenden Berufe bestehen, sei ganz abzusehen. Dana erzählte Herr Reichert, „daß seit einem Jahr die Eisenindustrie einen Preisabbau bis 50 Prozent vorgenommen habe, ohne das Einkommen der Arbeiter zu kürzen“. Und trotz dieser Preisfällung, die teilweise trotz aller Verschleierungen aufreißend hohen Gewinne? Es zeigt sich immer mehr, daß die Vertreter der Großindustrie, mögen sie auch auf der einen Seite zweifelsohne Großes geleistet haben, immer noch nicht sehen wollen, um was es sich heute bei der Arbeiterschaft dreht; daß sie heute wiederum glauben, allein dort herrschen zu können, wo nur verständnisvolle Gemeinheitsarbeit die Kontrolle sein kann. Aus diesem heute wieder in der Öffentlichkeit tretenden „Herr-im-Haus“-Standpunkt entspringen in erster Linie die Absichten des Unternehmertums, auch hier im Saargebiet der Arbeiterschaft einen Lohnabbau aufzuzwingen zu wollen, dessen Abwehr nach Ansicht des Kapitals die Arbeiterschaft so schwächen wird, daß sie in Zukunft nicht nur wirtschaftlich ein willenloses Werkzeug sein wird. Das sind die Voraussetzungen, an denen die Selbstständigkeit nicht gleichgültig vorbeigehen darf. Die Arbeiterschaft aber ist gewarnt, auch im Saargebiet.

Bei der Verwirklichung der von unserer Regierung erhobenen Forderung auf Anerkennung der „Berufskrankheiten“ als „Verkehrsunfälle“ werden auch die gewerblichen Vergiftungen eine besondere Bedeutung einnehmen. Wie bereits schon früher erwähnt, müssen die Erörterungen darüber wieder lebendiger werden. Die soziale Versicherungsgesetzgebung muß auf diesen Weg gebracht werden. Die Arbeiterschaft wie ihre Angehörigen und insbesondere die Betriebsvertreter sind auf diese Verkehrsgefahren und ihre Wirkungen mehr aufmerksam zu machen. Und endlich muß die Erörterung lebendiger werden um mit dem Ergebnis berechnete Entschädigungsansprüche begründen zu können.

Von den vielen gewerblichen Vergiftungen sei für heute die Kohlenoxydvergiftung herausgegriffen. Sie hat schon manches Opfer an Leben und Gesundheit gefordert. Sei es durch „chronische Vergiftung“, allmählichen oder zumeist plötzlich herbeigeführten Tod. Wie schädlich die Folgen „chronischer Vergiftungen“ sind, das geht schon allein daraus hervor, daß auf dem soeben in Köln stattfindenden Bevölkerungspolitischen Kongress ein Cheverbot für „chronische Vergiftete“ gefordert wird.

Ein weiteres Uebel ist die Töde dieser Vergiftung, wie die Töde der dadurch hervorgerufenen gefährlichen Wirkungen. Diese Töden bringen es mit sich, daß oft weder der Betroffene, noch andere den Vergiftungsstadium erkennen können und selbst wenn die Vergiftung angenommen und erkannt ist, so spielen die Töden der Gegenseite Trümper in die Hand, die zum gegenseitigen Ergebnis führen können. Der „Verkehrsunfall“ für den „Verkehrsunfall“ steht dann die „Verweissführung“ für eine „normale Krankheit“ oft gegenüber.

Tenn das Leiden der Kohlenoxydvergiftung schnell natürlichen Krankheiten. Fieber, Schwindel- und Schlaganfälle, Lähmung, Uebelbefinden, Kopfschmerzen, Eibung des Magens, Grippe, insbesondere Lungenentzündung usw. sind Folgen und Begleiterscheinungen solcher Vergiftungen. Vielfach wirkt die Vergiftung sofort tödlich. Manchmal setzt sie aber auch ein Zerbrüchwerden ein, was erst nach Tagen und Wochen das schädliche Endergebnis zeitigt. Die Ärzte können unmöglich auf den vielen Gebieten der gewerblichen Vergiftungen Spezialisten sein. Ihre Praxis erstreckt sich auch zumeist auf natürliche Krankheiten. Da nun die Vergiftungswirkungen oft dieselben sind, und das Gift öfters nach der angerichteten Zerstörung wieder austritt, so ist es natürlich, wenn vielfach die Krankheit und nicht die Vergiftung in dem Gutachten als die Ursache der Beschädigung angegeben wird. Die Beschädigten bzw. deren Hinterbliebenen haben dann mit ihren Entschädigungsansprüchen das Nachsehen.

Von den Ergebnissen ärztlicher Spezialwissenschaft überragen diejenigen von Professor Dr. A. Lewin in Berlin. In einer Reihe von Veröffentlichungen hat Lewin auf Grund eingehender medizinischer Studien, gestützt auf eine reichhaltige Praxis, insbesondere durch die Erstattung oberärztlicher Gutachten für die Rechtsprechung, usw., die Frage der Kohlenoxydvergiftung eingehend zu ergründen und festzustellen versucht. Soweit der Inhalt dieser Untersuchungen die Verufe unseres Verbandes interessiert und derselbe auch bei Streitverfahren nach der jetzigen Unfallversicherung von großer Bedeutung für die Ansprüche Vergifteter oder deren Hinterbliebenen ist, sei er hier stichweise wiedergegeben.

In seinem Handbuch „Die Kohlenoxydvergiftung“ (Verlag Julius Springer, Berlin 1920) untersucht u. a. Lewin das Vorkommen von Kohlenoxyd in gasigen Produkten menschlicher Handlungen und stellt fest: Kohlendunst. Er vertritt sich durch Rauch, brennenden Geruch, bisweilen auch durch Rauch, der sich an Nasenflügel, Lippen bzw. den Mundwinkel niederhängen kann. Rauch. Je nach der Verbrennung entwickeln sich aus dem entstehenden Rauch verschiedene Gase und Dämpfe

mit starkem Einschlag von Kohlenoxyd. Rauchgase. Teils im besonderen bei Grubenarbeiten auf, in Kuppelkessel von Benzinmotoren in Automobilen und ähnlichen Kraftmaschinen. Methylen gas. Solches kann sich zu Kohlenoxyd auswirken. Im besonderen ist die Gefahr gegeben, wenn durch den Mischbrenner für Methylen-Sauerstoff beim Schmelzen die Flamme zurückschlägt. Benzol gas. Wenn nichtflüchtige Kohlenstoffverbindungen beim Unfallabfall erhitzen, werden, so entstehen durch Neuanlagerung der Elemente neue Kohlenstoffverbindungen mit Kohlenoxyd, Kohlenwasserstoff und Wasser. Kohlenoxyd gas. Der starke Gehalt von Kohlenoxyd in dieser Gase, die auch Giftgas genannt wird, ist bekannt. Von jeder Form erzeugten Mischgasen entstehen rund 4500 cbm. Giftgas. Diese werden aufgefangen, zum Erhitzen der Wärmeapparate für den in den Hochöfen einzulassenden Wind, sowie zu etwa 55-60% für Dampfessel, Gasstrommaschinen, Heizöfen in Walzwerken usw. verbraucht. Mit steigendem Kohlenstoffgehalt kann sich die Kohlenoxydmenge bis auf 31% im Hochofengas entwickeln. Wassergas. Der Kohlenoxydgehalt schwankt hier nach den einzelnen Sorten von 25-40%. Cogenatorgas enthält ebenfalls einen sehr starken Anteil an Kohlenoxyd. Ferner wird noch erwähnt, das Vorkommen von diesem gefährlichen Giftgas in Halbwassergas, in Gase der Cellulosezerlegung, in der Explosionsgas und in Gase von anderen Nitrokörpern enthaltenden Sprengstoffen. Aus alledem geht hervor, wie vielfältig die Gefahren dieser Vergiftung sind.

Von den Entstehungsmöglichkeiten der Kohlenoxydvergiftung schildert Lewin zunächst das Vorkommen des Kohlenoxyds der Ofengase, der Gase aus glühenden Wälfen und Schlacken; sowie der Benzolgas. Zu dem Wandern der Ofengase schreibt Lewin was ihm jeder Feuerarbeiter bestätigen wird und welches die größte Beachtung verdient:

„In den Vordergrund aller weiteren Erörterungen ist die Tatsache zu stellen, daß der Kohlendunst, der irgendwo und irgendwie aus einem Heizapparat freigegeben ist, entsprechend seiner Gasnatur alle schließlichen Hindernisse, wie Mauerwerk und Holzbaue, überwindend, weit fort von seinem Entstehungsorte wandern und sehr entfernt von diesem an ungeschützten Menschen überfallen und vergiften kann. So kann das Kohlenoxyd aus offenen und geschlossenen Heizeinrichtungen, oder geborstenen Gasröhren, oder Gasleitungen usw. nicht nur aufwärts, sondern auch horizontal und unter Umständen, wenn z. B. im Boden Spalten sind, durch solche abwärts fließend fortbewegen, zumal, wenn es noch mit viel Kohlenwasserstoff beaufschlagt ist.“

Von der Entstehung des Kohlendunstes aus Feuerstellen ohne geschlossenen Abzug werden erwähnt: die offenen Kohlenfeuer zur Heizung wie im Gewerbe; (Heizung gegen Kälte, Schmelzfeuer usw.), die offenen Kohlenherde; die Herstellung von Holz, Holzbohle und von Kohlenoxydhaltigen Staub; die offenen Öfen in Metallgießereien; die Kohlenoxydvergiftungen in heimischen Betrieben, solche durch Rauch, Brandgase, sowie durch Abgase von Benzin- und Petroleummotoren. Ein weiteres Kapitel beschreibt das Vorkommen des Kohlendunstes selbst aus geschlossenen mit Abzug versehenen Feuerstellen falsche Wege nehmen und zum Verhängnis führen kann, wie dieses schon im vorherigen Abschnitt erwähnt wurde.

Aus allem ergibt sich die Notwendigkeit jeder Wahrnehmung von Gas in den Betrieben sofort festzustellen. Die Körperung und Verlosung der Qualen ist sofort zu veranlassen. Von den Betriebsvertretern und allen beteiligten Arbeitern sollen ferner die Abzugseinrichtungen und Beschwerden mit Tag, Datum und Zeugen versehen, schriftlich festgehalten werden, damit später bei eintretenden unglücklichen Ereignissen die „Betriebsgefahr“ nachgewiesen werden kann.

Das Recht am Arbeitslohn

Alex. Eises.

Heber dieses Thema stellt Dr. Fr. Goerrig in der Bergwerkszeitung Nr. 75 Untersuchungen an, die auf folgenden Satz hinauslaufen:

Es liegt zwar im Interesse der Arbeitnehmer, daß der Arbeitgeber für sie den Kapitaler und Vermögensverwalter (gemein) ist die Tätigkeit, die sich durch die Lohnsätze für Sicher und Ver- Beiträge für den Arbeitgeber ergeben) spielt; man darf diese Arbeit aber nicht mit Unrecht entlohnen, indem man ihn für die Abzüge verantwortlich macht; und ihn direkt oder indirekt zur Erhaltung und Wiederaufbesserung der durch die Abzüge entstehenden Verlusten zwingt.

Aber nicht nur der Vorwurf des Undankes trifft diese Arbeiter. Er fällt dem Arbeiter im allgemeinen in dem gleichen Ausmaß auch vor, daß er kein Einkommen immer nur nach dem Betrage beizühre, der ihm effektiv ausgeschütt wird und vergibt. . . . daß auch der Arbeitgeber außer den wirtlichen Löhnen noch zahlreiche weitere soziale Lasten zu tragen hat, die im Grunde nichts anderes sind, als eine Vergütung für die Arbeitsleistung des Arbeitnehmers.

Zwei Behauptungen, die sich gegenseitig aufheben. Für eine Vergütung kann man keinen Dank fordern und fordert man Dank, dann darf man es keine Vergütung für geleistete Arbeit nennen. Hier wäre es zunächst einmal notwendig, zu erfahren, welche der beiden Behauptungen Dr. Goerrig aufrechtzuerhalten möchte.

Dann ist es uns aber auch nicht möglich, Herrn Dr. Goerrig in der Logik seines oben zitierten Satzes zu folgen. Nach ihm müßte der Arbeiter zum Danke für die sozialen Lasten des Arbeitgebers auf jede Wiederaufbesserung der durch die Abzüge entstehenden Verlusten verzichten. Bei einigen Nachdenken wird man aber doch bald dahinter kommen, daß die Forderung einer Wiederaufbesserung des Lohnes von ganz anderen Voraussetzungen abhängig zu machen ist. Diese Forderung wäre nur dann ungerecht, wenn der Arbeitslohn einschließlich aller Abzüge und Gegenleistungen des Arbeitgebers das betrüge, was der Arbeitnehmer rechtmäßig zu fordern hat. Zu fordern hat er rechtmäßig als Gegenleistung den Wert, den seine Arbeitsleistung darstellt. Das ist freilich, da die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters technisch aus dem Gesamtarbeitsprozeß nicht zu trennen ist, eine nicht genau festzustellende Größe. Wohl aber wissen wir, daß das Gesamtergebnis der Produktion die Schlag-

summen aller geleisteten Arbeit ist. Die Folgerung daraus wäre, daß dieses Gesamtergebnis nach Abrechnung der zur Erhaltung und weiteren Förderung des Wirtschaftslebens notwendigen Anlagen an die Einzelnen, je nach dem Werte ihres Beitrages zu diesem Gesamtergebnis zu verteilen wäre.

Praktisch nimmt aber die Verteilung einen anderen Weg. Es gibt ungeheuerlich viel arbeitsloses Einkommen. Alles arbeitslose Einkommen ist aber ein Minderwert von dem Arbeitsergebnis, ohne daß ihm eine Gegenleistung gegenübersteht. Arbeitsloses Einkommen ist also eine unrechtmäßige Kürzung des Arbeitseinkommens. Und solange arbeitsloses Einkommen besteht, erhalten die geistig und körperlich Arbeitenden in ihrer Gesamtheit nicht das, was sie rechtmäßig zu fordern haben.

Man kann aber auch von diesem Argument absehen und die Berechtigung der Forderung nach Wiederaufbesserung der durch die Abzüge entstehenden Verlusten aus einem Vergleich der inländischen Produktionskosten mit denen des konkurrierenden Auslandes herleiten. Und selbst wenn man alle Gegenleistungen des Arbeitgebers zum Arbeitslohn hinzugerechnet, wie Dr. Goerrig es fordert, so wird man dennoch gewaltig hinter den Löhnen des Auslandes zurückbleiben. Ist aber eine Lohnerhöhung möglich, ohne daß dem Land dadurch Konkurrenzunfähig wird, dann hat der Arbeiter das Recht, auch eine Wiederaufbesserung der durch die Lohnabzüge entstehenden Verluste zu fordern und durchzusetzen. Die Lohnabhängigen werden dem Arbeiter nicht erst das Recht zu seiner Forderung geben, wohl aber können sie ihn, da sonst kein effektives Einkommen unter das Existenzminimum sinkt, zur Forderung seines Rechtes zwingen.

Gewiß kann der Arbeitgeber für solche Lohnabhängige, die sich aus staatlichen Lasten ergeben, nicht „verantwortlich“ gemacht werden. Es wäre aber interessant, von Dr. Goerrig zu erfahren, welche Arbeiter oder Arbeitergruppe eine solche Behauptung erhoben hat.

Dr. Goerrig stellt fest: Er (der Arbeiter) betrachtet nur das als Verdienst, was ihm bar ausgeschütt wird. Er verlangt, daß ihm nach Abzug der Steuern jodel bar anzuschüttet wird, als er zur Verteilung seiner Wirtschaftlichen und Haushaltsauslagen benötigt. Dr. Goerrig hätte recht, sich darüber zu entzünden, wenn die Höhe seiner Haushaltsauslagen von dem Arbeiter beliebig gewählt würde. Wer aber einmal in Arbeiterfamilien hineingehaut hat, der weiß, daß der Haushaltseier der weitaus meisten Arbeiterfamilien auf das Existenzminimum gesetzt ist. Da sollte es auch Dr. Goerrig nicht

ändern, wenn dann der Arbeiter als Arbeiter das verlangt, was er zur Bestreitung seiner Haushaltsausgaben benötigt.

Es stimmt aber auch nicht, daß der Arbeiter nur das als Lohn bekommt, was ihm bei Auszahlung wird. Der Arbeiter weiß, daß die ihm bei der Arbeit geleistete Arbeit ein Beitrag zur Erhaltung des Staates ist, des Staates, der auch ihm wieder erhält und daß die praktische Fürsorge des Staates für ihn ein Verdienst seiner Arbeit ist.

Interessant ist aber, daß Dr. Goerzig selbst in den Fehler fällt, den er dem Arbeiter vorwirft. Er erklärt nämlich: daß der Staat ihnen die Löhne kürzt, um für die entsprechende Sicherungsvorkehrungen treffen zu können. Demnach muß Dr. Goerzig wohl nur das als Lohn — nämlich als „Verdienst“ — ansehen, was dem Arbeiter bei Auszahlung wird.

Neugierig kommt Dr. Goerzig damit, auch mit der ganzen Länge seines Artikels in Widerspruch. Erst setzt er in Erlangen durch seine Spekulation, die immer noch neue Blüten und Ausformungen des Arbeiterlohns sind, die zum Arbeiterlohn gerechnet werden müssen. — Nach dieser Auslegung ist also Arbeiterlohn nicht nur das, was der Arbeiter bei Auszahlung erhält. — Dann, nachdem Dr. Goerzig den Arbeiter bei Lohn genommen hat, weist er den Arbeiter an den Staat mit der Behauptung, daß nicht der Arbeitgeber ihnen berechnete Lohnansprüche vorzuzählen, sondern der Staat ihnen die Löhne kürzt, wenn auch aus wohlerwogenen sozialen Rücksichtgedanken. — Hiernach wieder ist Arbeiterlohn nur das, was in der Tat an den Arbeitnehmer ausgezahlt wird. Auf der einen Seite wird die durch den Arbeitgeber berechnete „Markenwert“ als Arbeiterlohn und auf der anderen Seite die gegen einen geldlichen Beitrag geleistete soziale Fürsorge des Staates als Lohnberechnung gerechnet. Was für Dr. Goerzig der Unterschied nur darin, daß es hier der Arbeitgeber und dort der Staat ist? Eine tiefere Präzisierung und eine klarere Darstellung in einer so wichtigen Frage wäre unbedingt erforderlich.

Herrn Dilmanns Klagefieber

Die Generalversammlung des sozialistischen Metallarbeiterverbandes steht vor der Tür. Wo nach sozialistischem Brauch wahrscheinlich wieder Sensationen auf der Tagesordnung stehen. Die Sturmdivisionen der verschiedenen Fraktionen rufen zum Aufmarsch. Die Fraktion Haas (M.S.) führt ihre Herzen nach den letzten Wahlen in Wien geschwollen und die Fraktion Müller (R.P.) berichtet mit mehr Mut als Zufriedenheit vom Aufsturm revolutionärer Arbeiterkataloge. Die Fraktion Dilmann hält natürlich noch das schwere Geschloß des Verbandsorgans und der obersten Verbandsinstanzen in ihrer Burg in der Altestraße Stuttgart, während ringsum in den sonstigen Städten Stuttgarts der Stern der Moskowitzer „Krafft“. Die Ausfahrten auf den kommenden Verbandstag scheinen die Stimmungen der jetzigen Führer im roten Metallarbeiterverband etwas nach dem Weiterbericht „Trübe, regnerisch, voranschreitlich Gewitter“ beeinflusst zu haben. Robert Dilmann, der erste Vorsitzende, Opponent auf der Kölner Generalversammlung und Stürzer Schlides auf dem Stuttgarter Verbandstag sucht die Position der Unabhängigen zu retten und zu beweisen, wie richtig ihre Taktik seit ihrer Herrschaft im D. M. W. In seinem Artikel „Der Stuttgarter Verbandstag und der Vorstand des D. M. W.“ (Metallarbeiterzeitung Nr. 21) setzt er sich mit der Kritik der Gegner der jetzigen Richtung auseinander und schreibt:

Was haben wir im letzten Jahre erleben müssen? Hatten diese Streit, diese „Klauen“ und wechselnden Tagesparolen noch etwas mit sachlichen, grundsätzlichen Auseinandersetzungen zu tun? Leider nicht. Und so mußten sich viele Dinge zum Schaden unserer Organisation ausmachen. Das fortgesetzte wilde Verschlingen mit dem unheimlichen Tagesparolen (Der „Unbrüderliche“ war gewissermaßen der schwächste „Chrenitel“, mit dem die Kollegen bedacht wurden), der persönlichen, Mannes, das fortgesetzte Verschlingen mit wechselnden Tagesparolen und die „Klauen“ selbst waren eine zu starke Belastungsprobe für die Organisation. Und wenn dabei die Christlichen und die Kirche protestieren, anstatt, daß wir weiteres Terrain erobern könnten, dann ist dies in erster Linie Mißachtung derjenigen, die uns tatsächlich der „Verbrüderung“ mit Christen und Kirche beizugehen.

Dieser Klageruf Dilmanns zeigt, wie verkommen die Zustände im sozialistischen Metallarbeiterverband sind und wie dort Genossen sich gegenseitig anpöbeln. Herr Dilmann ist ja ein junger Meister; und — nach seinen Worten — tut er den Radikalen nicht sehr weh. Ein großer Teil Mitglieder des sozialistischen Metallarbeiterverbandes (M.S.) wollen es freilich nicht für wahr haben, daß der gegenseitige Kampf allein die Zustände im sozialistischen Metallarbeiterverband verschlechtert hat, sondern greifen zu einer für Herrn Dilmann gefährlicheren Waffe, wenn sie in ihrer Korrespondenz für die mehrheitssozialistischen Mitglieder des Metallarbeiterverbandes Nr. 4/1921 schreiben:

Und so muß wieder einmal festgestellt werden, mit wieviel — na, sagen wir einmal — Unfähigkeit heute der Deutsche Metallarbeiterverband regiert wird.

Diese Stimme von Leuten, die es wissen müssen, steht nicht vereinzelt da, und bedeutet eine sehr schwere Auflage gegen einen Gewerkschaftsführer. Wie sich Herr Dilmann damit auf dem kommenden Verbandstag auseinandersetzt, wird nicht ohne Interesse sein. Können aber bei solchen Lohnwahn Arbeiterinteressen wirksam vertreten werden? Die Antwort ergibt sich von selbst.

Streiflichter

Die Reichsrentenregister für die Lebenshaltungskosten hat sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts im Monat April d. J. um sieben Punkte auf 894 erhöht. Gegenüber dem im Januar erreichten Höchststand von 924 zeigt sich also für die von der Lebenshaltungskostenregister erstellten lebensnotwendigen Bedürfnisse Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung eine geringe Schwächung. Die Lebenshaltungskosten haben sich im April durch Preissteigerungen für Getreide, Fleisch, Eier und Fisch in mehreren Städten erhöht. Da sich aber andererseits die Ausgaben für Gemüse, Heizung und Beleuchtung zuweilen erhöhten, macht sich diese Erhöhung in der Indexziffer nur in geringem Maße geltend.

Eine Rektion für die Betriebsräte.

Das mehrheitssozialistische „Hamburger Echo“ veröffentlichte am 9. März d. J. einen Bericht über eine Versammlung der sozialistischen Gewerkschaften, in welcher der sozialdemokratische Abgeordnete Waldi einen Vortrag über: Die Stellung der Betriebsräte, ein Weg zur Hebung der Volkswirtschaft gehalten hat. Die in diesem Vortrag entwickelten Ideen zeigen bereits eine deutliche An-

näherung an die von der christlichen Gewerkschaftsbewegung und auch in unserem Organ von jeder vertretbaren Auffassung, daß wir ihn gemäß dem Bericht des „Hamburger Echo“ unseren Kollegen nachdrücklich wiedergeben wollen, weil er ein erneuter Beweis dafür ist, daß auch die Genossen bei ruhiger und sachlicher Reflexion unseren Standpunkt in wirtschaftlichen und sozialen Fragen einsehen müssen. Das Bedeute ist nur, daß diese ruhige und sachliche Reflexion in jenem Lager sehr selten zu ihrem Recht kommt. Um die Bedeutung mehrerer mir davon Zeilen, wenn es ab und zu doch einmal geschieht. In der betreffenden Versammlung wurde die Rede von dem Bericht des „Hamburger Echo“ vom 9. 3. 21 aus:

Ich habe nicht die Absicht, unter dem angegebenen Thema eine politische Demonstration zu erlangen. Ich will vielmehr in der Rücksicht auf den Fortschritt, was endlich einmal gesagt werden muß. Der Inhalt der Resolution, wo in mancher Schwabronnener zum „Arbeiterführer“ werden konnte, ist verlogen. Der Gewerkschaftsapparat in der Arbeiterkammer hat bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Es ist vor allen Dingen nötig, die neue Stellung des Arbeiters gegen früher zu begründen; zu begründen, was hier eine höhere Entwicklung bedeutet hat. Die Stellung des Arbeiters in der Wirtschaft wird nicht mehr durch die Produktionsprobleme sein. Ich will nicht, wo alles, aber auch alles heruntergewirtschaftet ist, liegen; nur die Arbeit kann uns retten. Das würde zu trivial klingen. Aber das ist sicher: die Arbeiter müssen die Produktion übernehmen. Die ungeliebten Lasten, die uns von der Fronte auferlegt wurden, stellen ganz ungeheure Anforderungen an unsere Produktion. Wir müssen buchstäblich unsere Arbeit in noch nicht dagewesenen Umläufen exportieren. Schon macht sich bei uns die Unterbelohnung unserer Produktion durch die Steuerlasten bemerkbar. Der Heberling an Stelle auf dem Markt ist ein heftiges Zeichen dafür. Wie aber soll es werden, wenn sich die Steigerung unserer Produktionskraft bei den Fertigungsarbeiten ebenso geltend macht? Es wird dies ohne weiteres eine eigenartige Amerikanisierung unserer Wirtschaftslife bedeuten. Denken Sie nicht, Ihre Werften, Ihre Maschinenfabriken seien hochentwickelte Produktionsstätten, das ist ein großer Irrtum. Sie werden erleben, daß diese Industrien bis zur äußersten Ertragsfähigkeit modernisiert werden. Und es muß schon verlangt werden, noch aller Entwürdigung kommt nicht eine Zeit, in der wir es leichter haben werden, sondern eine solche, in der das Erwerbsleben nicht mehr als bis jetzt gesteigert wird. Es gibt keinen andern Weg als den des Amerikanismus und Hochfinanzismus und nur dieser allein führt zum Sozialismus.

Für Oberschlesien

Das Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat an das Sekretariat des internationalen christlichen Gewerkschaftsbundes in Utrecht folgendes Schreiben gerichtet: Wir bitten, die angeschlossenen Bruderverbände auf die bedrückte Lage der deutschen Arbeiterkammer in Oberschlesien hinzuweisen zu wollen. Unter größter Verletzung des Friedensvertrages von Versailles sind weite Strecken Oberschlesiens von polnischen Banden besetzt, die Einwohner teils vertrieben, teils in grausamer Weise mißhandelt worden. Tausende Kollegen sind in Oberschlesien durch diesen gewalttätigen Überfall ohne Arbeit und ohne Brot. Das Elend der Flüchtlinge und der Daimingeliebten wächst von Tag zu Tag. Nach dem Friedensvertrage entscheiden die alliierten Mächte über das Schicksal Oberschlesiens an Hand des Ergebnisses der Abstimmung. Ohne diese Entscheidung abzuwarten, sind Korfanty und seine Leute eigenmächtig vorgegangen. Und das in dem Augenblicke, wo das deutsche Volk durch Annahme des Ultimatus der alliierten Mächte sowie durch sein nach dem Urteil aller objektiven Beobachter besonnenes Verhalten in der oberschlesischen Frage aller Welt einen durchschlagenden Beweis seines guten Willens gegeben hat! Wenn man von uns deutschen Arbeitern verlangt, daß wir bis zum letzten die schweren Pflichten erfüllen, die der Friedensvertrag uns auferlegt, so können wir wohl zum mindesten fordern, daß andere Völker daran gehindert werden, deutsche Brüder in dieser Weise zu bedrücken. Insbesondere abstellen wir an den Gewerkschaften der christlichen Arbeiter aller Länder und erwarten von diesen, daß sie einmütig ihre Regierungen ersuchen, dem verbrecherischen Treiben der Polen Einhalt zu gebieten.

Wir müssen mehr produzieren und billiger wirtschaften. Wir müssen aber auch in die komplizierte Arbeitsmechanik der Wirtschaft der Zukunft den Menschen einbringen, daß er sozial gegen die Schädigungen der Konsumwirtschaft, die diese Entwicklung ohne weiteres mit sich bringen wird, geschützt ist. Wir haben dafür zu sorgen, daß der Arbeiter in dieser Hochkonjunktur des Kapitalismus nicht in den Seelen zugrunde geht. Die Arbeiterkammer muß sich schon jetzt darauf bedacht sein, diese schweren Aufgaben zu meistern. Hier rückt kein schöner Traum von Ruhland. Die Wirtschaft der Zukunft — und das muß auch festgehalten werden — kann ohne den Arbeiter und seine innere Anteilnahme nicht neu gebaut werden. Die zukünftige Politik wird durch das Wirtschaftsleben ihren Weg geben, das heißt, daß die politischen Kräfte hinter denen der Wirtschaft zurückbleiben werden. Aus dieser Bewegung wird die Gewerkschaft als eine der herrschenden Faktoren des Wirtschaftslebens herauswachsen.

Diese Macht der Gewerkschaften erfordert aber unbedingt, ein hohes Maß von Verantwortung mitzutragen. Denn Macht ohne Verantwortung wird im politischen Leben immer nur eine vorübergehende Größe bedeuten. Massen und Führer müssen sich eben dieser Aufgaben bewußt sein. Keineswegs jedoch darf es in dieser Entwicklung eine politische uninteressierte Arbeiterkammer geben. Das gewerkschaftliche Führermaterial muß dann allerdings auch in ein ganz anderes Format hineingewachsen. Mit den Führern ist in der Vorkriegszeit viel zu sehr Kraut und Getriebe worden: sie waren zu sehr mit Tagesarbeit belastet und wohl wahrheitslieblich deshalb, weil früher die Gewerkschaftsarbeit Agitationsarbeit war. Über diesen Zustand mußte der Gewerkschaftsführer hinaus, er mußte in das Wirtschaftsprobleme hinein wachsen. So entstand denn auch das Betriebsrätegesetz als Notwendigkeit zur Demokratisierung der Wirtschaft, weil ohne sie eine Steigerung der Produktion nie kommen würde. Die Aufgaben der Betriebsräte betreffen nicht nur in der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen im Kampf zwischen Kapital und Arbeit; sie gehen vielmehr darüber hinaus, denn die Betriebsräte sollen neugestaltend und umformend auf die Wirtschaftsordnung einwirken. Mancher, der heute Betriebsrat ist, ist diesen Aufgaben bei weitem nicht gewachsen. Wollen wir dieselben bewältigen, so heißt das nichts anderes, als daß wir selbst ein halbes Jahrhundert der Entwicklung überbrücken. Wir müssen den Kapitalismus in seiner höchsten Potenz erfassen lernen. Wir müssen in die Beherrschung des Wirtschaftsproblems hineinkommen; erst dann werden wir zum Sozialismus kommen, denn Sozialismus kann nur erarbeitet werden. Es gilt daher zunächst, den Massen wirtschaftlichen Tatsachen mitzuteilen. Wer sich aber als Betriebsrat oder Gewerkschaftsführer dem Unternehmertum gegenüber behaupten will, der muß den Betrieb und das ganze Wirtschaftssystem in der Hand genau erfaßt haben. Und in dieser Beziehung herrscht es denn entschieden, daß das Betriebsrätegesetz trotz seiner Fehler

so ungenügend ist, daß man damit nicht anfangen kann. Es wird also schon eine sehr gründliche Schulung und Ausbildung der Betriebsräte sowohl wie der Gewerkschaftsführer notwendig sein. Nebenher gibt dann ein anschauliches Bild, wie er sich diese Schulung durch Vorlesung, Vorträge, Kurse etc. verschafft.

Nur auf diesem Wege, so jagte der Redner zum Schluß, werden wir zu unserem Ziel gelangen, denn es kommt nicht nur darauf an, daß die Betriebsräte, sondern auch die Menschen selbst zur Betriebsräte heute schon in der Lage wäre, das Betriebsrätegesetz auszunutzen zu können. Und ich sage nochmals, nur wenn wir uns unserer hohen Aufgaben bewußt sind, werden wir endlich das gesteckte Ziel erreichen.

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 5. Juni, der 24. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 5. bis 12. Juni.

Verbandsgebiet

M. Gladbach. Am 17. April hielt die Verwaltungsstelle M. Gladbach unseres Verbandes die diesjährige Generalversammlung ab, die sich eines guten Besuchs erfreute. Aus dem diesseitigen Bericht, den die Verwaltungsstelle gab, sind folgende Punkte von besonderer Wichtigkeit: Die Mitgliederentwicklung im verflochtenen Jahre war günstig. Mit 300 Kollegen traten wir in das Jahr 1920 ein. Lediglich wir rund 400 Kollegen an den 1. Bezirk unseres Verbandes und rund 600 Kollegen an den christlichen, Fabrik- und Transportarbeiterverband abgegeben haben, ist bei alle Mitgliedschaften dennoch gehalten worden. Insgesamt wurden durch die Verwaltungsstelle 54 Bewegungen geführt, an der von unserem Verbande 26 000 Kollegen beteiligt waren. 51 Bewegungen waren friedlicher Art, in 2 Fällen waren die Kollegen angepöbelt, ein Streit wurde 12 Wochen lang geführt. Es wurden für die an den Bewegungen beteiligten Kollegen ein Mehrerwerb von 572 000 Mark erzielt. Diese Höhe entspricht einem durchschnittlichen Mehrerwerb von 22 Mark pro Woche. Weitgehende Beschlüsse hat die Generalversammlung gefaßt, die sich im Jahre 1921 zum Besten des Verbandes auswirken werden. Der Fraktionskampf der christlich organisierten Betriebsratsmitglieder wird enger Führung unter unserer Betriebsräte schaffen. Der Beschluß der allgemeinen Einführung der Jugendabteilung in allen der Verwaltungsstelle angeschlossenen Fabriken wird eine mächtige Förderung unserer Jugend sein. Ebenso sind die Unterstützungsfälle auf eine gesunde Basis gestellt worden. Allmonatlich wird vom 1. Mai d. J. ab eine Delegiertenmarke gestellt in Höhe von 1,00 M. Bei Krankheitsfällen und bei Erwerbslosunterstützungen wird dafür jedem Kollegen eine solche Unterstüzung gewährt. Das Jahr 1920 ist für uns in M. Gladbach ein Jahr des Strebens und Arbeiters gewesen. Viel Mühe und Opferkraft, strengste Pflichterfüllung ist von den Kollegen im allgemeinen aufgebracht worden. Derselbe Geist muß und wird uns auch im Jahre 1921 befehlen.

Ordnungsverwaltung Duisburg. Vierteljahres-Gewerkschaftsversammlung. Die im Gefellenhaus Ruhrort am 8. Mai tagende gut besuchte Generalversammlung wurde vom Kollegen Kehler eröffnet und geleitet. Nach der Begrüßung der Erschienenen erhielt Kollege Schotte das Wort zum Kalten- und Geschäftsbereich. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederbewegung mit Rücksicht auf die Vorläufe in Hamburg im verflochtenen Vierteljahr als stabil bezeichnet werden kann. Großer Wert muß in der Agitation besonders auf die schnelle Erfassung und das reifliche Nachgehen jeder Ausrichtung gelegt werden. Um dieses zu ermöglichen, ist die engste Verbindung zwischen Vorstand, Bezirkskollegen und Vertrauensmännern unbedingt erforderlich. Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 256 208,30 M. Die Ausgaben für dieselben 31 107,10 M. Die Einnahmen für die Lokalkasse betragen 154 103,51 M. Die Ausgaben für dieselbe 212 937,76 M. Sehr unbefriedigend seien die Extramarke eingebracht und alles mußte verbucht werden, dieses nachzuholen. Mit dem Hinweis, die neu eingeführte Bezirksabteilung und Koordination zu unterstützen, kam er zum Schluß seines Berichtes. Hierauf erhielt Kollege Padberg das Wort zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Die gegenwärtige gewerkschaftliche Lage. Referent sprach in seinem Vortrag besonders die Schwierigkeiten, die bei der Lohnbewegung im Januar zu überwinden waren. Die von den Arbeitgebern vorgeschlagene Tarifbindung und die damit verbundene Lohnkürzung konnte abgewehrt werden. Hier wies Padberg besonders darauf hin, daß gewisse Leute ein Interesse daran hätten, bei jeder Gelegenheit auf den Lohnabbau hinzuwirken. Hierdurch sei den Arbeitgebern das Wasser auf ihre Mühlen geliefert worden. Wir als christliche Gewerkschaftler stehen auf dem Standpunkt, daß es für alle maßgebende Stellen heißen muß, herunter mit den Preisen und sachlich gehaltenen Ansprüchen. Nach einer lebhaften und sachlich gehaltenen Aussprache konnte Kollege Kehler die gut verlaufene Generalversammlung schließen.

Baehrenden. Ueber die Zukunft und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung sprach am Sonntag, den 17. April, in einer sehr gut besuchten Versammlung der christlichen Gewerkschaften Kollege Schweizer (Köppingen). Von der Bedeutung und dem Einfluß der Gewerkschaftsbewegung in der Vorkriegszeit ausgehend, lenkte er die Aufmerksamkeit auf die staatliche, soziale und wirtschaftliche Umwälzung, welche schon während des Krieges durch die Umkehrung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen und Vermehrung ihrer Geburtskünde hatte. Will die Arbeiterkammer die ihr als großen Faktor jeder Wirtschaft und Kultur zuzurechnende Bewirtschaftung und Bedeutung erlangen, dann hat sie in ihren Organisations nur deren Auswirkung als wirtschaftliche Interessenvertretung, als Organe der Volkswirtschaft sowie als Faktoren der sozialen Bewegung zu sichern. An den Betriebsräten hat heute schon ein Moment größerer Entwicklung, wenn diese es als ihre Aufgabe betrachten, im Sinne eines einigartigen Zweckes zu wirken. Der Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse, auch die Vermehrung des Gesundheitsstandes wird sich steigern, wenn das praktische Wollen und Können überwiegt. In der technischen Entwicklung eines Betriebes bietet sich ebenfalls Gelegenheit genug, für den Arbeiter seine Unentbehrlichkeit zu beweisen. Wir sind der Überzeugung, daß hier besonders ein dankbares Feld der Hebung für uns vorliegt, das materiell wie ideell seine Früchte für die Gesamtheit tragen wird.

Eingehend auf die brennenden Fragen des Tages wie Mißpreisbildung, Wohnungsmangel, Steuererhebung und die Bedeutung unserer Volkswirtschaft ging dann der Referent auf die gewerkschaftliche Betätigung in öffentlich wirtschaftlichen Fragen ein. Im Verlauf der weiteren Aussprache wurde allseits der Beweis erbracht, wie notwendig gerade heute eine rege gewerkschaftliche Mitarbeit ist. Lassen wir uns also nicht beirren durch die Inkonstanz der Lage, vorwärts wie festher und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Unter lebhaftem Beifall dankte der Vorsitzende dem Redner des Abends und schloß die anregend verlaufene Versammlung, der es zu aller Zufriedenheit ein gefälliges Besondereinverständnis

